

en-  
eider,  
terrocke  
Tetzger-  
menstr.

Bei Sonne, Kälte,  
Schnee u. Regen,  
muß man die Schuh  
mit  
**Pilo**  
pflegen.

**Pfannkuch & Co**

Zur  
**Weihnachts-**

**Bäckerei:**

- Hirshornsalz
- Bakpulver
- Anis
- Zimmit
- Nelken
- Vanillezucker
- Vanille in Stangen

**Pfannkuch & Co**

**Verloren**

am Montag ein **Ferdinand** auf dem Wege von Enzsthal bis Calmbach in der neuen Straße. Der ehrliche Finder wird gebeten, denselben gegen Belohnung bei **Fritz Harter** z. Enzsthal abzugeben.

Neuenbürg

**Zu verkaufen:**

Einem neuen, tiefschwarzen **Herrnüberzieher**, sowie einen wenig getragenen **Woolco-Überzieher**.  
**Karl Hintzeiner**,  
Wildbaderstr. 158.

**Hand-Datumsstempel**  
für Ranglisten und Büros sofort lieferbar.  
D. Nech'sche Buchdruckerei.

**Besetzungspreis:**  
Mietlich in Neuenbürg  
A 99. Durch die Post  
in Ost- und Ostausland,  
in der im letzten  
Jahresbericht A 400  
mit Vorkaufpreis.  
In Fällen von höherer We-  
sentlichkeit besteht kein Anspruch  
auf Vorkauf der Zeitung  
auf Vorkauf der Zeitung  
auf Vorkauf der Zeitung  
auf Vorkauf der Zeitung  
auf Vorkauf der Zeitung

# Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.  
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.  
Druck und Verlag der C. Nech'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

**Kugelpenberie:**  
Die einseitige Bestellung ob-  
deren Raum 1. bis 28. -  
außerhalb des Jahres 20. -  
einseitig. In der letzten  
Kugelpenberie 100 Preis.  
Inhalt: Karte u. Nach-  
stufenerleiung 15 W. Re-  
name Seite 70 A.  
Bei größeren Aufträgen ent-  
sprechender Rabatt, der im  
Falle des Mahnverfahrens  
hinzuaddiert wird, ebenso wenn  
Zahlung nicht innerhalb  
4 Wochen nach Rechnungs-  
datum erfolgt.  
**Spezialpreis Nr. 4.**  
Für telefonische Beiträge  
wird keinerlei Gebühr über-  
nommen.

Nr. 288.

Neuenbürg, Freitag, den 8. Dezember 1922.

80. Jahrgang.

## Deutschland.

**Berlin, 7. Dez.** Ueber den Reparationsplan der Reichsregierung hört man, daß eine Begrenzung der Reparations-ansparungen und eine deutsche Anleihe in Höhe von 20 Milliarden Goldmark vorgeschlagen werden soll.  
**Berlin, 6. Dez.** Die immer größer werdende Wohnungsnot zwingt dazu, den feststehenden Wohnraum in erster Linie nur noch den Inländern bereitzuhalten. Der Kaiserhoff der Reichshauptstadt des Innern vom 21. Oktober 1922 enthält eine neue, diesen Verhältnissen Rechnung tragende Forderung, mozu der Minister des Innern, dem amtlichen preußischen Pressedienst zufolge, nachstehendes bemerkt: In Zukunft ist also die Anleihe eines Ausländers wegen Zuwanderungs-maßnahmen gegen die bestehenden Wohnvorschriften auch dann zulässig, wenn er sich nach dem 1. Januar 1923 im Besitz des nicht selbständiger Wohn- oder Geschäftsräume befindet.  
**Berlin, 7. Dez.** Der Auswärtige Ausschuss des Reichstags wurde für Sonntag zu einer Sitzung einberufen.  
**Berlin, 6. Dez.** Im Steueransatz des Reichstags wachte der Reichsfinanzminister längere Ausführungen über die Klänge der Regierung zur Anpassung der Steuern an die Selbstentwertung, sowie zur Erreichung der bedauerlichen Ein-sparung der Steuern. Danach beabsichtigt der Reichsfinanzminister, diese Fragen in einem besonderen Gesetz zu regeln, das dem Reichstag und Reichstag sobald als möglich zugehen soll. Die Abänderung des Gesetzes über die Zwangsanleihe würde aber jetzt schon getrennt behandelt werden. Die Begrenzung des durch die Zwangsanleihe aufzubringenden Betrags ist nach der Selbstentwertung der letzten Monate unmöglich geworden. Die Anpassung der Einkommensteuer solle in einem bereits vorliegenden Gesetzentwurf gesehen, die der Vermögens- und Erbschaftsteuer einen Gesetzentwurf vorbehalten bleiben, der im allgemeinen die Auswirkung der Selbstentwertung bei der Steuererhebung berücksichtigt werden. Zur Begrenzung der Zahlung der Einkommensteuer soll künftig in einer Weise verfahren werden, daß jeder Steuerpflichtige gleichzeitig mit der Steuererklärung den Betrag einzunehmen, den er nach seiner eigenen Steuererklärung an Einkommen-schulden schuldet, soweit er nicht durch Vorauszahlung oder Lohnabzug gedeckt ist. Falls die Entrichtung der Steuer nicht zum vorgeschriebenen Zeitpunkt erfolgt, soll künftig für jeden angelegenen oder vollen Monat ein Zuschlag von 10 Prozent beachtet werden müssen. Diese Maßnahme sei auch für die Körperschaftsteuer, die Vermögenssteuer und die Erbschaftsteuer geplant.

**Die Wohnungsabgabe im Finanzansatz.**  
**Stuttgart, 6. Dez.** Im Finanzansatz berichtete Abg. Schell (Dem.) über den Entwurf eines Gesetzes betreffend einen Zuschlag zur Wohnungsabgabe. Artikel 1 sieht zu dem vom 1. Dezember 1922 bis 31. März 1923 fälligen Teilbetrag der Wohnungsabgabe einen Zuschlag von je 200 Prozent für den Staat und die Gemeinden vor. Für die zweite Hälfte des Rechnungsjahres 1922 soll also die Wohnungsabgabe für den Staat 18 Prozent, für die Gemeinden 7,5 Prozent betragen, wovon 25,5 Prozent des Schätzungswertes der Gebäude. Dies entspricht ungefähr dem Rückgang des Friedensmehrwerts der Gebäude. Durch diese Erhöhung erfolgt man für den Staat im Rechnungsjahr 1922 592 Millionen Mark an Einnahmehemitteln zu gewinnen. Ein anderer Ausweg, die Feststellung der etwa 3000 angelegenen Wohnungsbauten festzustellen, ist nicht vorhanden. Die 208 Millionen, die das Reich gegen 11 Prozent Verzinsung dem Staat Württemberg nach weiter geben will, reichen nirgends hin. — Nach eingehender Aussprache wurde gegen die Stimmen der Bürgerpartei ein Antrag Scheer-Wöhler-Blügel angenommen, der dem Gesetzentwurf zustimmt und die Regierung ersucht, die bereits bewilligten Baudarlehen um denselben Betrag zu erhöhen, der aus der Erhöhung der Wohnungsabgabe herauskommt, und der die Ausnahme eines Darlehens vom Reich zustimmt. Außerdem wird das Finanzministerium ersucht, die aus der Erhöhung der Wohnungsabgabe sich ergebenden Mittel sofort flüssig zu machen und der Verwendung als Baudarlehen zuzuführen.

**Urteilabgründung im Attentatsprozeß Scheidemann.**  
**Leipzig, 6. Dez.** In der Urteilabgründung wird ausge-sprochen, daß die Angeklagten schon vor geraumer Zeit den Entschluß gefaßt hatten, Scheidemann zu beseitigen und ihn für seine frühere politische Tätigkeit zu bestrafen, also aus Rache, nicht um ihn an der ferneren Ausübung seiner politischen Tä-tigkeit zu verhindern. Dieser wohlüberlegte feste Entschluß, einig oder getrennt von ihnen zu begehenden Tat teilzuneh-men, in deren „Reim“ sie sich dann teilten, ist darauf zu sehen, daß zur Ausführung gebracht worden, allerdings nicht mit dem erstrebten Erfolg, weil durch einen Unfall das verberbliche Ergebnis der Tat verhindert worden ist. Wädig gleichgültig ist es, ob der eine oder andere der Angeklagten vor der Tat viel-leicht vorübergehend mangelhaft geworden ist; denn es ist nicht vorübergehend mangelhaft geworden, daß die beiden An-geklagten an dem Tage, an dem sie den Aufschlag verübten, durchaus entschlossen waren, ihn auszuführen. Die Auffassung der Verteidigung, daß bei Ausfertigung Ueberlegung ausgeschlossen

sei, da er von Delschläger, der zuerst für die Ausführung des Attentats bestimmt war, erst durch den Zufall: „Da, geh hin, mach Du's!“ aufgefordert wurde, in Aktion zu treten, ist nicht zutreffend. Denn die Beweisnahme hat ergeben, daß Delschläger schon mehrere Tage vorher in die gleiche Lage versetzt worden war, indem ihm die ausführende Rolle zufallen sollte. Auch bei Delschläger kann nicht angenommen werden, daß er gegen die Ausführung war, weil er sie selbst nicht übernahm. Bezüglich des Strafmaßes ist zu berücksichtigen, daß bei den Angeklagten keine Spur von Einsicht zu beobachten gewesen ist. Ob die Angeklagten von einer dritten Person angeleitet worden sind, kann dahingestellt bleiben. Es kann aber nicht verkantet werden, daß höchstwahrscheinlich auch Einflüsse von außen vorliegen. Es gibt Fälle, bei denen eine Straftat nicht chlos zu sein braucht, wenn dabei politische Ziele verfolgt werden. Aber wer aus dem Hinterhalt einen feindlich gesinnten Bürger über-fällt, wer — mag er selbst von politischen Motiven geleitet sein — sich die Befugnis und das Recht annimmt, einen Men-schen, zumal in Gegenwart seiner Tochter und seines Entfeln-des, zu töten, der handelt unter allen Umständen ersch und ist deshalb auch der bürgerlichen Ehrentreue verlustig.

**Der Verkehr mit landwirtschaftlichen Grundstücken.**  
Der Reichsausschuss der Deutschen Landwirtschaft hat sich mit dem Gesetzentwurf über die Herabsetzung der Verordnung über die Regelung des Verkehrs mit landwirtschaftlichen Grund-stücken beschäftigt, der am 16. Dezember in einem Ausschuss des Reichsausschusses zur Beratung steht. In erster Linie wurde gutachtliche Mitwirkung der landwirtschaftlichen Ver-trauensstellen gefordert. Während man sich im allgemeinen eine Verbesserung des augenblicklichen Zustandes durch den Ent-wurf verspricht, redet man einer Vereinfachung des Gesetzes auf etwa 6 Jahre das Wort und wünscht unter Milderung der vorgesehenen Strafbestimmungen und Freigabe die Länder er-mächtigt zu sehen, die Größen-Grenzen beliebig herabzusetzen. Für den Grundstücksverkehr bei Zwangsversteigerungen wird eine Freilassung von der Verordnung befürwortet.

**Deutscher Reichstag.**  
**Berlin, 6. Dez.** Die gestern im Reichstag eingebrachte In-terpellation der Sozialdemokraten zur Ernährungsfrage wird, wie ein Regierungsvertreter zu Beginn der heutigen Sitzung kundgab, voraussichtlich Anfang nächster Woche beantwortet werden. Die Sozialdemokratie drängt offenbar darauf, sich vor ihren Wählermassen in der dankbaren Rolle der Dispositions-pareie zu zeigen. Nur erscheint es recht wohlfeil, die Regie-rung Cuno, die erst 14 Tage im Sattel ist, verantwortlich zu machen für Zustände, die jedermann unermäßig findet, die zu beseitigen und zu beseitigen inbessien die Sozialdemokraten ja reichlich Gelegenheit hatten, als sie noch selbst der Regierung ange-hörten. Im weiteren Verlauf der Sitzung, die nur zwei Stunden dauerte, teilte Reichsarbeitsminister Dr. Brauns mit, daß eine Novelle zum Verordnungsgezet an den Reichstag un-terwegs sei. Die gesetzgeberischen Maßnahmen, durch die die bisher bestehenden Bestimmungen über die Beschäftigung Schwerbeschädigter den jetzigen Verhältnissen entsprechend un-geändert worden sind, wurden dem sozialpolitischen Ausschuss zur Ueberprüfung zugewiesen. Man erzählt bei dieser Gelegenheit, die erschreckende Last, daß in Deutschland 35 000 Schwer-beschädigte leben, von denen 9000 dauernd arbeitsunfähig sind. Die zweite Lesung des hiesigen Nachtrags zum Reichsausgaben-plan wurde beim Etat des Reichsausschusses fortgesetzt, doch förderte die kurze Diskussion nichts Bestimmtes zutage.

**110,3 Milliarden neues Papiergeld in einer Woche.**  
Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 30. November stieg die gesamte Kapitalanlage in der letzten Woche des November um 160,6 auf 971 Milliarden Mark, die bankmäßige Deckung allein wuchs um 117,7 auf 919,2 Milliarden Mark. An der Anlagevermehrung waren die Wechselbestände mit 38,2, die diskontierten Reichsbankausweisungen mit 79,5 und die Lombardforderungen mit 42,9 Milliarden Mark beteiligt. Der an die Bank zum Umlageherausgegebenen Reubedarf an Banknoten hat 110,3 Milliarden Mark erreicht; der Banknotenumlauf schwoll damit auf 754,1 Milliarden Mark an. Der November-Umlagebedarf hat also wieder neue Höchststufen erreicht.

**Umlage- und Brotpreis.**  
**Berlin, 6. Dez.** In Durchführung der Entschließung des Reichstags, bei der Erhöhung der Umlagepreise der Reichs-geldstelle bekannt zu machen, welcher Anteil an dem neuen Brotpreis auf die deutsche Landwirtschaft entfällt, wird be-kanntgegeben: 1. Für die Zeit ab 30. Oktober wurde der Ver-kaufspreis der Reichsgeldstelle auf 30 000 Mark für die Tonne Roggen erhöht. Der Inlandspreis für die Tonne Roggen für das erste Ablieferungsdrittel beträgt 28 900 Mark, wozu als Anteil des im besetzten Gebiet und dem besetzt gewordenen Teile Ostpreußens und in Ostpreußen gezahlten Zuschlag von 1200 Mark pro Tonne der Betrag von 29 100 Mark hinzu-zurechnen ist. Die Landwirtschaft erhält also für das erste Ab-lieferungsdrittel für die Tonne Roggen durchschnittlich 28 420 Mark. Der Umlagepreis für die Tonne Roggen beträgt also 94,75 Prozent des Umlagepreises der Reichsgeldstelle. Nach der Erhöhung vom 30. Oktober ergab sich ein Preis von durch-schnittlich etwa 90 Mark für ein 100-Gramm-Brot. Der

Anteil des Umlagepreises für Roggen am Brotpreis beträgt unter Zugrundelegung der Verkaufsbreite von 135 Kilogramm auf 100 Kilogramm Mehl 52,30 Prozent des Brotpreises. Das ist einige Prozent niedriger als vor dem Kriege, wo auf den Preis für Getreide 67 Prozent des Brotpreises entfielen. 2. Für die Zeit ab 4. Dezember wurde der Verkaufspreis der Reichsgeldstelle auf 30 000 Mark für die Tonne Roggen er-höhrt. Der Umlagepreis für das dritte Ablieferungsdrittel ist noch nicht festgestellt. Will man jedoch den Umlagepreis für das erste Ablieferungsdrittel, also 28 420 Mark pro Tonne Roggen dem genannten Verkaufspreis gegenüberstellen, so er-gibt sich, daß der Umlagepreis für die erste Ablieferungsdrittel rund 31,60 Prozent des Verkaufspreises beträgt.

**Die Besprechungen der Länderpräsidenten.**  
**Berlin, 7. Dez.** Die vorgestrige Besprechung mit den prä-sidierenden Regierungsmitgliedern der deutschen Länder wurde gestern vormittag beim Reichskanzler fortgesetzt. Einen breiten Raum nahm in der Aussprache die Ernährungsfrage ein, wobei die Entwicklung der Ernährung in diesem und die Vorfrage für das nächste Frühjahr eingehend erörtert wurden. Insbesondere wurde die Möglichkeit einer Steigerung der land-wirtschaftlichen Produktion beraten. Die Erörterung einschlä-giger technischer Einzelfragen wurde am Nachmittag im Reichs-ernährungsministerium unter dem Vorsitz des Reichsministers Dr. Luther fortgesetzt, der für die nächsten Tage eine weitere Besprechung mit den Ernährungsministern der Länder vorge-sehen hat. In außenpolitischer Hinsicht bestand volles Ein-verständnis darüber, daß die Note an die Reparationskommission vom 13. November die Grundlage für die zu befolgende Politik bilden soll und daß seitens der Reichsregierung nichts unterlassen werden dürfe, um bei der Durchführung der in der Note aufgestellten Grundätze zu einem positiven Ergebnis zu gelangen. In der Frage des Rheinlands und der besetzten Ge-biete stimmten die Vertreter der Länder einmütig die Erklärun-gen zu, die der Reichskanzler am 25. November und 3. De-zember abgegeben hat. Der Reichskanzler stellte den einheitlichen Willen sämtlicher Vertreter der Länder fest, in gemein-samer Arbeit an der Befreiung der Äuheren und inneren Lage mitzuwirken und auch bei auftauchenden Schwierigkeiten stets das Wohl des Ganzen zu berücksichtigen. Weitere Besprechun-gen werden folgen. In der Hofscheneit wird enge Fühlung mit den Ländern und ihren Vertretern im Reichstag getom-men werden.

**Ausland.**  
**Frankr. Schulpropaganda in Rheinland.**  
Im französischen Etat für 1923 ist unter den Kosten der Rheinlandbesetzung ein Posten ausgeworfen zur Gründung französischer Schulen im Rheinland, die sich zunächst mit der Verbreitung der französischen Sprache befassen sollen. In den Schulen werden auch Vorlesungen über französische Literatur für Erwachsene eingerichtet.  
**Tschechische Schokoladefabrikanten in deutschen Hundertmark-Scheinen!**  
Die deutsche Zeitung „Bohemia“ schreibt: „Eine Ge-schmacklosigkeit schlimmer Sorte leidet sich ein Trager Ge-schäft, das Schokoladefabrikanten in edle Hundertmarkscheine ge-wandelt, verkauft. Auf Reichsdeutsche, die die Stadt besuchen oder im Lande leben, müssen derartige widerwärtige Geschäfts-maniieren äußerst verwickelt wirken. Gerade in der Tschebo-slavaki hätte man alle Ursache, sich von Spähern, die an die Entwertung der Mark erinnern, fernzuhalten; denn es ist in der ganzen Welt bekannt und wird überall dort, wo Deutsche wohnen, noch sehr lange unvergessen bleiben, welche maßgebende Rolle die Tschechoslovakier bei der jämählichen Verschöderung Ober-Schlesiens an Polen gespielt hat und wie gerade durch die-sen politischen Gemaltakt die Mark in ihren Grundfesten er-schüttert wurde. Der Dank der Polen an die Tschechen ist lei-newegs so hinreichend, daß man Ursache hätte, auch noch mit Schokoladefabrikanten allerhand Reminiszenzen wachzurufen, ganz abgesehen von dem demoralisierenden Moment, daß in einer hämisch wegwerfenden Behandlung von Bank- oder Staats-noten, die trotz ihres geringen Wertes heute von Millionen gewählter Menschen nur durch sehr harte Arbeit verdient wer-den können, gelegen ist.“

**Clemenceaus Besuch bei Harding.**  
**Paris, 6. Dez.** Lavos berichtet aus Washington über den Empfang Clemenceaus beim Präsidenten Harding. Der Prä-sident habe sich eine Keesung über den Besuch Clemenceaus vorbehalten und nur erklärt, daß dieser ein Höflichkeitbesuch gewesen sei, in dessen Verlauf keinerlei Staatsangelegenheiten erörtert werden sollten. Clemenceau selbst habe den Pressever-tretern gleichzeitige Erklärungen abgegeben und hinzugefügt, es seien keinerlei Vorschläge über die allgemeine Lage in Eu-ropa und zu der Haltung Amerikas gemacht worden. Er habe dem Präsidenten erklärt, er sei gekommen, um den Versuch zu machen, eine Verständigung der öffentlichen Meinung in Amerika herbeizuführen, ohne daß er jedoch etwas für Frankreich ver-lange. Er habe seine Ueberzeugung zum Ausdruck gebracht,





... 1. M. 1304 ...  
... 1. M. 217 ...

**Nachrichten.**

in Kaufmann, der einen ...  
... wurde zu 670000 ...  
... 1500000 ...

Der französische Major, der ...  
... wurde zu 670000 ...  
... 1500000 ...

gültige Fassung der deutschen ...  
... wurde zu 670000 ...  
... 1500000 ...

8 Arbeiter, die seinerzeit an ...  
... wurde zu 670000 ...  
... 1500000 ...

an die Alliierten ...  
... wurde zu 670000 ...  
... 1500000 ...

200 Milliarden Papiermark ...  
... wurde zu 670000 ...  
... 1500000 ...

**Die Neuregelung der Einkommensteuer.**

Berlin, 7. Dez. Der Steuerausschuss des Reichstags ...  
... wurde zu 670000 ...  
... 1500000 ...

Außerdem wurden Sterblichkeitsbeiträge bis zu 2000 Mark ...  
... wurde zu 670000 ...  
... 1500000 ...

Die Sterblichkeitsbeiträge bis zu 8000 Mark und die ...  
... wurde zu 670000 ...  
... 1500000 ...

**Der Befugniswahnsinn am Rhein.**

Berlin, 7. Dez. Im Reichstag wurde die Nachtragsberatung ...  
... wurde zu 670000 ...  
... 1500000 ...

Beim Haushalt des Reichsschatzministeriums entwarf der ...  
... wurde zu 670000 ...  
... 1500000 ...

**Deutschlands Finanzjelen.**

Berlin, 7. Dez. Im Hauptausschuss des Reichstags führte ...  
... wurde zu 670000 ...  
... 1500000 ...

Hauptetat eingeseht werden, darunter allein für die Kosten der ...  
... wurde zu 670000 ...  
... 1500000 ...

In der Aussprache wies Abgordneter Dr. Helfferich (D.M.) ...  
... wurde zu 670000 ...  
... 1500000 ...

**Die Reichsregierung für finanzielle Sühne?**

Berlin, 8. Dez. Der „Vorwärts“ will wissen, daß das ...  
... wurde zu 670000 ...  
... 1500000 ...

**Zwei edle Steien.**

Paris, 7. Dez. Nach einer Sabas-Meldung aus Washington ...  
... wurde zu 670000 ...  
... 1500000 ...

**Die Nachzahlungsforderungen für den „Enztaler“**

gehen heute in Form von Nachnahmen zusätzl. Einzugspfelen ...  
... wurde zu 670000 ...  
... 1500000 ...

**Verlag „Der Enztaler“.**

Württ. Landesgrundpreise für Holz. Seit 1. November ...  
... wurde zu 670000 ...  
... 1500000 ...

**Sprechsaal.**

Für die unter dieser Rubrik enthaltenen Eingekandt übernimmt ...  
... wurde zu 670000 ...  
... 1500000 ...

**Konflikt zwischen Krankenkassen, Zahnärzten und Dentisten.**

Wie in der Presse schon mitgeteilt, wurde der vertragslose ...  
... wurde zu 670000 ...  
... 1500000 ...

**Landwirtschaftskammer-Umlage 1922.**

In Ergänzung der im „Enztaler“ Nr. 223 veröffentlichten ...  
... wurde zu 670000 ...  
... 1500000 ...

Die Steuerkapitale sind möglichst nach dem Stand vom ...  
... wurde zu 670000 ...  
... 1500000 ...

Die bisher vorgelegten Nachweisungen samt Befreiungs- ...  
... wurde zu 670000 ...  
... 1500000 ...

Neuenbürg, den 5. Dezember 1922.

Oberamt: Wagner.

**Gemeinde Biefelsberg. Stammholzverkauf.**

Die hiesige Gemeinde bringt aus ihrem Gemeindegeld ...  
... wurde zu 670000 ...  
... 1500000 ...

94 St. La., 3. bis 6. Klasse, insgesamt 36 Fm.,  
133 St. Fo., 3. bis 6. Klasse, insgesamt 45 Fm.

Als Bedingungen gelten die staatlichen Holzverkaufsbedingungen.

Schriftliche Angebote auf die einzelnen Lose, in Prozenten ...  
... wurde zu 670000 ...  
... 1500000 ...

Montag, den 11. Dezember 1922, nachm. 4 Uhr,  
beim Schultheißenamt einzureichen, wo um diese Zeit die ...  
... wurde zu 670000 ...  
... 1500000 ...

Nähere Auskunft und Losverzeichnisse erteilt Waldmeister ...  
... wurde zu 670000 ...  
... 1500000 ...

**Neuenbürg. Weihnachts-Bitte.**

Es ist beabsichtigt, in bisheriger Weise den zahlreichen ...  
... wurde zu 670000 ...  
... 1500000 ...

**Schuhmacher-Zwangsinnung für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.**

Infolge ganz enormer Steigerung unserer Rohmaterialien ...  
... wurde zu 670000 ...  
... 1500000 ...

Table with 2 columns: Item name and Price. Includes items like Herrenstiefel, Damenstiefel, etc.

